

Peter Borowsky

Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1966–1983

aus

Peter Borowsky

Schlaglichter historischer Forschung

Studien zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert

Aus dem Nachlass herausgegeben von
Rainer Hering und Rainer Nicolaysen

S. 295–316



Universität Hamburg

Impressum

Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Die Online-Version dieser Publikation ist auf der Verlagswebsite frei verfügbar (*open access*). Die Deutsche Bibliothek hat die Netzpublikation archiviert. Diese ist dauerhaft auf dem Archivserver Der Deutschen Bibliothek verfügbar.

Open access verfügbar über die folgenden Webseiten:

Hamburg University Press – <http://hup.rrz.uni-hamburg.de>

Archivserver Der Deutschen Bibliothek – <http://deposit.ddb.de>

ISBN: 3-937816-17-8 (Printausgabe)

© 2005 Hamburg University Press, Hamburg

Rechtsträger: Universität Hamburg, Deutschland

Produktion: Elbe-Werkstätten GmbH, Hamburg, Deutschland

<http://www.ew-gmbh.de>

Peter Borowsky (1938–2000) war ein engagierter Geschichtsforscher und begeisterter Geschichtsvermittler. Mehr als 30 Jahre lehrte er am Historischen Seminar der Universität Hamburg Neuere Geschichte. Er prägte Generationen von Studierenden nachhaltig durch seine Kompetenz und seine Art, Geschichte lebendig zu vermitteln. Diese wird auch in den 14 Beiträgen zur deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert deutlich, die hier erstmals veröffentlicht werden. Die Themenpalette reicht von den Hohenzollern bis zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, umfasst die Studenten in der Revolution von 1848, Hamburger Geschichte im 19. Jahrhundert, die Entwicklung von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“, die deutschen Beziehungen zu osteuropäischen Staaten und den USA. Zwei Texte beschäftigen sich anschaulich mit der Geschichte der deutschen Geschichtswissenschaft und dem „Historikerstreit“.

Inhalt

I.	Vorwort der Herausgeber	7
II.	Geschichte der Geschichtswissenschaft	
1.	Deutsche Geschichtswissenschaft seit der Aufklärung (1978/79)	13
2.	Der Historikerstreit	63
	Wie geht die deutsche Geschichtswissenschaft mit der nationalsozialistischen Vergangenheit um? (1988)	
III.	Geschichte Hamburgs	
1.	Vertritt die „Bürgerschaft“ die Bürgerschaft?	89
	Verfassungs-, Bürger- und Wahlrecht in Hamburg von 1814 bis 1914 (1990)	
2.	Hamburg und der Freihafen	109
	Wirtschaft und Gesellschaft 1888–1914 (1987)	
IV.	Osteuropa	
1.	Zwischen Revisionismus und Realismus – die deutsche Politik gegenüber Polen 1919 bis 1933 (1986)	139
2.	Die deutsche Politik gegenüber den baltischen Staaten 1923 bis 1933	153
	Diplomatie im Spannungsfeld von Wirtschaftsinteressen und Minderheitenschutz (1991)	
3.	Die Ukraine – ein Nationalstaat?	173
	Systemveränderung und nationale Unabhängigkeit 1917 bis 1920 und heute (1994)	

V. 19. Jahrhundert

1. Studenten in der deutschen Revolution 1848 (1998) 187
2. Die Hohenzollern (1998) 201

VI. Von der Weimarer Republik zum „Dritten Reich“

1. Zwischen Volksheer und Reichswehr 217
Die Auseinandersetzungen über die deutsche
Wehrverfassung 1918/1919 (1992)
2. Wer wählte Hitler und warum? 235
Ein Bericht über neuere Analysen der Wahlergebnisse
1928 bis 1933 (1988)
3. Zerstörung oder Zusammenbruch? 255
Das Ende der Weimarer Republik 1929–1933 (1993)

VII. Bundesrepublik

1. Europa oder Amerika? 277
Die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik
Deutschland und den USA seit dem deutsch-französischen
Vertrag vom 22. Januar 1963 (1993)
2. Die politische Kultur der Bundesrepublik
Deutschland 1966–1983 (1992) 295

VIII. Anhang

- Zeittafel Peter Borowsky 317
- Bibliographie Peter Borowsky 321
- Personenregister 325

Die politische Kultur der Bundesrepublik Deutschland 1966–1983*

0 Einleitung: Was heißt politische Kultur?

Der Begriff „politische Kultur“ ist relativ offen und so weit gefaßt, daß viele gesellschaftliche Erscheinungen und Entwicklungen darunter subsumiert werden können. Er bezeichnet teilweise etwas, das früher als „Nationalcharakter“ bezeichnet wurde. Damit meinte man statische und unwandelbare Gegebenheiten, die oft auf fragwürdigen genetischen, rassistischen oder auch tiefenpsychologischen Prämissen beruhten. Der Begriff „politische Kultur“ dagegen meint einen „Satz grundlegender Meinungen, Einstellungen und Werte, die die Art eines politischen Systems charakterisieren und die politische Interaktionen unter seinen Mitgliedern regeln“, er hebt also die Lernbarkeit und Veränderung von Einstellungen und Verhalten hervor.

Zum Kernbereich der politischen Kultur gehört jedenfalls das Wechselspiel zwischen politischen Institutionen und Bürgern. Gefragt wird: Wie bereitwillig folgen die Bürger diesen Institutionen? Die Antwort darauf entscheidet, ob die politische Kultur einer Nation eher durch den Staat oder eher durch die Gesellschaft bestimmt wird. Und für die Bundesrepublik lautet die Frage ganz konkret: Wie stark sind die parlamentarisch-demokratischen Verfassungsformen auch politisch-kulturell in der Gesellschaft verankert?

Eine Skizze der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zwischen 1966 und 1983 soll Antworten auf diese Frage geben.

* Erweiterte deutschsprachige Fassung des Vortrags „Le mouvement alternatif en RFA dans les années 70 et 80“, gehalten an der Université de Provence, Aix-en-Provence, am 12. Februar 1992 sowie in Nizza am 13. Februar 1992.

1 Gesellschaftliche Entwicklungen und Veränderungen seit 1966

Ausgerechnet in der Kanzlerschaft von Ludwig Erhard, dem „Vater des Wirtschaftswunders“, erlebte die Bundesrepublik ihre erste Wirtschaftskrise. Zwar war das Ausmaß der Rezession – verglichen mit der Weltwirtschaftskrise seit 1974 – gering. Doch das Sinken der Wachstumsraten führte zu einer Art Identitätskrise des politischen Systems und der westdeutschen Gesellschaft, die sich bis dahin vornehmlich über den wirtschaftlichen Erfolg definiert hatte. Die Folgen waren:

1. die Bildung der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD,
2. die Bildung einer außerparlamentarischen Opposition – und
3. das Wiederaufleben nationalsozialistischer Tendenzen.

Mit dem letzten Punkt möchte ich beginnen:

1.1 NS-Vergangenheit und NPD

Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) wurde am 28. November 1964 in Hannover gegründet. Viele ihrer führenden Funktionäre kamen aus der NSDAP. Agitation und Programm der Partei nahmen Schlagworte und Ideologie der alten NS-Partei auf. Zwischen 1964 und 1968 erlangte die Partei erstaunliche Erfolge ausgerechnet in den Gebieten und den Bevölkerungsgruppen, in bzw. bei denen auch die NSDAP 1930 bis 1933 ihre größten Erfolge hatte verbuchen können. Wie ist das zu erklären?

Die Krise erzeugte ein Gefühl der wirtschaftlichen und sozialen Unsicherheit und aktivierte ein im deutschen Kleinbürgertum verbreitetes Mißtrauen gegen Parteien und „Parteihader“, gegen Gewerkschaften, Sozialdemokraten, ausländische Arbeiter und demonstrierende Studenten. Diese Vorurteile und Wertvorstellungen griff die Propaganda der NPD geschickt auf.

Die nationalsozialistische Vergangenheit holte die Bundesbürger auch auf einem anderen Gebiet wieder ein: 1965 – 20 Jahre nach Kriegsende – drohte die Verfolgung von bisher nicht entdeckten NS-Verbrechern der Verjährung zum Opfer zu fallen. Die Debatte endete 1965 mit einer Verlängerung und 1979 mit einer Aufhebung der Verjährungsfrist. Sie wurde engagiert geführt, zumal der beinahe gleichzeitig stattfindende Auschwitz-Prozeß das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Verbrechen noch ein-

mal augenfällig machte. Die Verjährungsdebatte, der Auschwitz-Prozeß und die öffentliche Reaktion darauf zeigten aber auch zweierlei:

1. Die nationalsozialistische Vergangenheit konnte nicht mit Mitteln der Justiz bewältigt werden – und
2. die bundesdeutsche Gesellschaft war in ihrer Mehrheit nicht bereit, sich dieser Vergangenheit zu stellen. Im Gegenteil, die Stimmen mehrten sich, die forderten: Laßt die Vergangenheit ruhen!

Die Vermutung mancher skeptischer Beobachter schien sich zu bestätigen, wonach die Bonner Republik doch Ähnlichkeiten mit der Weimarer Republik hatte, daß sie nur eine „Schönwetterdemokratie“ war und bei der ersten wirtschaftlichen Flaute in eine Krise geriet, weil ihr die überzeugten Demokraten fehlten.

Gegen diese These spricht jedoch die Entwicklung der Studentenbewegung und der Außerparlamentarischen Opposition.

1.2 Entstehen und Entwicklung der Außerparlamentarischen Opposition

Die Große Koalition war gebildet worden mit dem Ziel, eine wirtschaftliche Krise zu überwinden und eine Staatskrise zu verhindern. Doch gerade die relative Bedeutungslosigkeit der parlamentarischen Opposition – die Regierungsparteien CDU/CSU und SPD zählten 447, die oppositionellen Freien Demokraten nur 49 Abgeordnete im Bundestag – und der offenkundige Funktionsverlust des Parlaments schürten das bereits vorher spürbare und artikulierte Unbehagen am politischen und gesellschaftlichen System der Bundesrepublik. Es entstand eine regelrechte Massenbewegung, die sich selbst als Außerparlamentarische Opposition oder APO bezeichnete.

Eine Wurzel der APO war die „Ostermarsch“-Bewegung der Atomwaffengegner. Diese von christlichen, pazifistischen und sozialistischen Gruppen links von der SPD gebildete und nur locker organisierte Protestbewegung hatte seit 1960 zu Ostern immer größere Massen zu Protestaktionen und Demonstrationen mobilisieren können. Ihre Aufrufe zum „Kampf gegen den Atomtod“ wurden vor allem von Intellektuellen, Geistlichen, Gewerkschaftsführern, Betriebsräten und Vertretern der Jugend- und Studentenorganisationen unterzeichnet. 1967 folgten diesen Aufrufen über 150.000 Men-

schen. Die Bewegung wandte sich damals schon nicht mehr nur gegen Atomwaffen, sondern gegen Rüstung überhaupt.

Eine zweite Wurzel der APO liegt in Gruppierungen von ehemaligen Mitgliedern der SPD, die den Wandel der SPD zur Volkspartei mit einem gemäßigten Programm (Godesberg 1959) nicht mitgemacht hatten. Hier spielte der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS), dem 1960 die Mutterpartei die Finanzierung gestrichen hatte, eine führende Rolle. Der SDS wurde bald zum Kern und Motor der APO. Er war straff organisiert und dank einer intensiven Theoriedebatte in der Lage, die wirtschaftlichen und politischen Krisenerscheinungen der späten sechziger Jahre insgesamt in den Blick zu nehmen und auch seine Aktionen nicht nur – wie die Märsche der Atomwaffengegner – auf einen Krisen- oder Kritikpunkt zu konzentrieren. Außerdem unterhielt der SDS über die gewerkschaftliche Bildungsarbeit engen Kontakt zu den Gewerkschaften und schien damit eine Aktionsbasis zu bieten, die über die studentischen Ursprünge hinausreichte.

1.2.1 Die Krise der Hochschulen und die Studentenbewegung

Ausgangspunkt der SDS-Aktivitäten war die Lage an den westdeutschen Hochschulen. Seit 1964 waren die Hochschulen räumlich und personell gewachsen. Aber eine Reform der Hochschulinstitutionen und eine Reform der Studieninhalte hatten nicht stattgefunden. Der Verband deutscher Studentenschaften und der SDS forderten eine „Demokratisierung der Hochschule“, d. h. eine neue Form der Selbstverwaltung, in der Professoren, Assistenten und Studenten jeweils über ein Drittel in den Entscheidungsgremien verfügten (Drittelparität), das politische Mandat für die Studentenschaften und eine gründliche Reform der Studien- und Lehrinhalte.

Um die Öffentlichkeit auf ihre Forderungen aufmerksam zu machen, bedienten sich die Studenten provokativer Verweigerungs- und Protestformen, wie Go-in, Sit-in, Teach-in, Die-in etc., die erstmals in den USA erprobt worden waren. Daraus entwickelte sich seit 1965 eine Studentenrevolte, die wie in den USA bald den akademischen Bereich verließ und nicht lediglich die Reform der Universitäten, sondern die Revolutionierung der Gesellschaft forderte.

Die auf Marx fußende radikale Kritik begriff die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik als verkrustet und reaktionär. Die durch das „Dritte Reich“ und den Zweiten Weltkrieg kompromittierte Generation der Väter

habe sich ausschließlich auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau konzentriert, die politische Neuordnung aber den „Großvätern“ aus der Weimarer Republik oder ehemaligen Nazis überlassen, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse, die das „Dritte Reich“ erst ermöglicht hatten, kritisch zu reflektieren, geschweige denn zu ändern. Das Ergebnis sei eine selbstzufriedene Wohlstandsgesellschaft, fest im Griff der Interessen des Großkapitals und seiner publizistischen Helfer.

Die APO kritisierte die ungenügende Umsetzung der im Grundgesetz enthaltenen demokratischen Normen und forderte die Demokratisierung aller Gesellschaftsbereiche. Den wichtigsten Ansatzpunkt für eine fundamentale Kritik an der Realität westlicher Demokratien bot der Vietnamkrieg. Zu offenkundig war der Widerspruch zwischen dem Anspruch der US-Regierung, Freiheit und demokratische Werte des Westens gegen den Kommunismus zu verteidigen, und der Wirklichkeit eines brutal geführten Krieges, wie sie das Fernsehen täglich übermittelte. Die gegen den Vietnamkrieg gerichteten Protestaktionen deutscher Studenten wandten sich zugleich auch gegen die Unterdrückung anticolonialer Befreiungsbewegungen durch die USA und gegen die Unterstützung, die die USA und die Bundesregierung autoritären Regimen in Südamerika, Asien und Afrika gewährten.

Vor diesem Hintergrund ist der erste große Zusammenstoß zwischen oppositionellen Studenten und der Staatsgewalt aus Anlaß des Schah-Besuchs 1967 zu verstehen. Am 2. Juni 1967 wurde in Berlin der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Ein knappes Jahr später, am 11. April 1968, versuchte ein 23jähriger Anstreicher, einen der Wortführer der Studentenbewegung, Rudi Dutschke, in Berlin zu töten. Die Folge waren die berühmten Osterunruhen vom 13. und 14. April 1968.

1.2.2 Die Debatte über die Notstandsgesetze

Ein konkretes Ziel der Aktionen der Studentenbewegung war die Verhinderung der von der Großen Koalition geplanten Notstandsgesetze. Und in den Aktionen gegen die Notstandsgesetze formierte sich um die Studentenbewegung herum die APO. Ihr Kern war das 1966 gebildete „Kuratorium Notstand der Demokratie“. Außer studentischen Organisationen gehörten diesem Kuratorium auch Wissenschaftler, Schriftsteller, protestantische Geistliche und Spitzenfunktionäre verschiedener Einzelgewerkschaften an.

Das Kuratorium organisierte verschiedene Kongresse und Protestdemonstrationen gegen die Notstandsgesetze.

Ihren Höhepunkt erreichten diese Protestaktionen unmittelbar nach den Osterunruhen im Mai 1968, als nämlich die parlamentarischen Beratungen über die Notstandsgesetze in ihr Endstadium traten. Wie Sie sich erinnern, fanden gleichzeitig in Paris die sogenannten Mai-Unruhen statt, die das Regime General de Gaulles tief erschütterten. Obwohl es Verbindungen zwischen Mitgliedern des SDS und französischen Studentenführern gab, griffen diese Unruhen nicht auf die Bundesrepublik über. Entscheidend dafür war die Haltung der deutschen Gewerkschaften: Streiks zur Durchsetzung von politischen Zielen der APO lehnte der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ab. Die Protestaktionen, so z. B. der große Sternmarsch auf Bonn mit abschließender Großdemonstration am 11. Mai 1968, verliefen friedlich. Und nachdem der Bundestag die Notstandsgesetze am 30. Mai 1968 verabschiedet hatte, akzeptierte der DGB die Ergebnisse.

Die Auseinandersetzungen um die Notstandsgesetze markierten den Höhepunkt der Außerparlamentarischen Opposition. Nach der Verabschiedung der Gesetze begann sie zu zerfallen. Die Studentenbewegung spaltete sich in eine große Zahl kleiner Grüppchen auf, die entweder leninistisch, trotzkistisch oder maoistisch orientiert waren. Es bildeten sich aber auch die ersten Basis- und Frauengruppen, die zu Keimzellen der späteren Bürgerinitiativen und der neuen Frauenbewegung wurden. Mancher enttäuschte Student wandte sich auch ganz von den bisherigen politischen Aktivitäten ab; er trat den „langen Marsch durch die Institutionen“ an oder begab sich in den Untergrund und wurde Terrorist.

1.3 Neue soziale Bewegungen

Der Begriff „neue soziale Bewegungen“ ist Anfang der achtziger Jahre entstanden und bezeichnet alle Gruppen und Projekte der Ökologie-, Friedens-, Frauen- und Alternativbewegung, die sich durch ihren geringen Formalisierungsgrad von herkömmlichen Organisationen wie Parteien und Verbänden und Gewerkschaften unterscheiden. An ihrem Anfang standen die Bürgerinitiativen.

1.3.1 Bürgerinitiativen

Bürgerinitiativen sind seit Ende der sechziger Jahre ein wesentlicher Bestandteil des politischen Systems und der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Eine Arbeitsdefinition könnte so lauten: Sie sind eine unkonventionelle, nicht wie die Parteien auf Machterwerb ausgerichtete, nicht institutionalisierte und basisdemokratisch orientierte Beteiligungsform, die in bewußter Distanz zu staatlichen Institutionen, aus Protest gegen bestehende Mißstände und als Reaktion auf bürokratische Entscheidungen in verschiedenen Problemfeldern des Reproduktionsbereichs entstanden ist.

Die ersten Bürgerinitiativen verfolgten den Zweck, im lokalen Bereich bestimmte Vorhaben durchzusetzen oder zu verhindern. Sie engagierten sich beispielsweise für Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, für Kindergärten, Schulen, Freizeit- und Jugendzentren oder Altersheime und versuchten den Ausbau von Schnellstraßen, Industrieanlagen und Flughäfen in Ballungsräumen zu verhindern. Sie traten als Selbsthilfegruppen und Anwalt unterprivilegierter Gruppen auf und forderten mehr „Lebensqualität“ in den Großstädten.

Schon bald wandten sie sich allgemeinen sozialen und politischen Problemen zu: der Reform des Abtreibungsparagraphen 218, der Handhabung des Beschlusses gegen Extremisten im öffentlichen Dienst, der Errichtung von Kernkraftwerken und der Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik.

Im Unterschied zu den politischen Parteien und Verbänden waren die Bürgerinitiativen nur locker organisiert. Die meisten gingen auf die spontane Initiative kleiner Freundeskreise und Nachbarschaften zurück und konnten weder eine feste Mitgliedschaft noch regelmäßige Beitragszahlungen. Um ihre Ziele durchzusetzen, versuchten sie zunächst die Aufmerksamkeit der Medien zu erregen. Das gelang am besten durch spektakuläre Aktionen und unkonventionelle Methoden der politischen Auseinandersetzung, wie sie die Studentenbewegung aus den USA übernommen hatte. Darüber hinaus versuchten die Bürgerinitiativen Druck auf die politischen Parteien und die Verwaltung auszuüben.

Besondere Bedeutung erlangten von Anfang an diejenigen Bürgerinitiativen, die sich für den Schutz der Umwelt einsetzten. Im Frühjahr 1972 schlossen sich 16 lokale Bürgerinitiativen zum „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz“ (BBU) zusammen, der auch heute noch existiert.

Wie viele Bürgerinitiativen insgesamt in der Bundesrepublik aktiv waren oder sind, läßt sich nicht genau angeben. Ende 1980 waren nach Angaben des Bundesumweltamts über 5 Millionen Bürger in 11.238 regionalen und 130 überregionalen Umwelt-Initiativen organisiert und aktiv.

Innerhalb der Umweltschutzbewegung wiederum machten die Kernkraftgegner den aktiven Kern aus. In der Oppositionsbewegung gegen Atomkraftwerke (AKW) bündelte sich der Protest gegen die Wachstumsideologie, die Umweltbelastung durch Großtechnik, die Herrschaft der Technokraten und die Bürgerferne der Bürokratie. Den Beginn machten 1975 die Weinbauern bei Wyhl, als sie gegen den Bau eines Kernkraftwerks in ihrer Nachbarschaft protestierten. Ich kann die folgenden Auseinandersetzungen hier nicht schildern. Erwähnt sei nur, daß die Bürgerinitiativen gegen das AKW bei Wyhl einen Teilerfolg errangen, weil sie nicht nur demonstrieren, sondern auch die Gerichte gegen die Landesregierung und Verwaltung mobilisierten. Diese Doppelstrategie schien die Grundprinzipien der Bürgerinitiativen – Überparteilichkeit, Gewaltlosigkeit und Selbstorganisation – zu bestätigen.

Andererseits lösten gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen AKW-Gegnern und Polizei wie die „Schlacht von Brokdorf“ im November 1976 unter den Kernkraftgegnern eine engagierte Diskussion darüber aus, ob sich diese Prinzipien weiter aufrechterhalten ließen. Viele Kernkraftgegner hielten es für notwendig, sich klar von militanten Gruppen abzugrenzen, um die Unterstützung der ortsansässigen Bevölkerung und einer breiteren Öffentlichkeit nicht zu verlieren. Tendenzen, die auf Umwandlung der Bürgerinitiativen-Bewegung in eine politische Partei gerichtet waren, gewannen mehr und mehr Unterstützung.

Zur Formierung einer „grünen“ Umweltpartei trugen im Herbst 1977 auch Entscheidungen der Gewerkschaften, der SPD und der FDP bei, die die Hoffnungen der Umweltschützer und Kernkraftgegner auf Unterstützung von dieser Seite enttäuschten: Der DGB und die Führungen der Einzelgewerkschaften sprachen sich dafür aus, eine Option für den Ausbau der Kernenergie offenzuhalten, denn der Abbau der Arbeitslosigkeit sei nur durch ein gesteigertes quantitatives Wirtschaftswachstum möglich, und dieses mache die Sicherung der Energieversorgung notwendig.

1.3.2 Die Grünen

1977 schlossen sich in Niedersachsen zum ersten Mal Bürgerinitiativen zu einer Umweltschutzpartei zusammen und errangen die ersten Erfolge bei den Kommunalwahlen. Bei den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am 7. Oktober 1979 gelang den Grünen mit 5,1 Prozent der Stimmen und vier Mandaten zum ersten Mal der Einzug in ein Landesparlament. Wie bei den vorangegangenen Kommunal- und Landtagswahlen zeigte sich auch am Ergebnis der Bremer Bürgerschaftswahlen, daß die grünen und alternativen Listen vor allem Jugendliche und Wähler mit einer höheren Schulbildung angezogen hatten. Zurückzuführen war dieser Erfolg in erster Linie darauf, daß die Grünen neue „postmaterielle“ Einstellungen und Lebensformen propagierten und damit gerade Jugendlichen und Intellektuellen eine Orientierungshilfe gegen die überwiegend von materiellen Gesichtspunkten geprägte Welt der älteren Generation und der „Etablierten“ gaben. Andererseits waren die grünen Gruppierungen zwar überwiegend „links“ orientiert, aber nicht dogmatisch und doktrinär wie die kommunistischen Splittergruppen, die sich aus dem Zerfall der Studentenbewegung gebildet hatten, sondern aufgeschlossen für individuelle Bedürfnisse, sofern sie den Hauptzielsetzungen der alternativen Gruppen, nämlich Umweltschutz, Friedenssicherung und Selbstbestimmung nicht widersprachen.

Der Erfolg der „Bremer Grünen Liste“ beschleunigte die Entwicklung zur Gründung einer grünen Partei auf Bundesebene im Januar 1980. In ihrer Wahlplattform vom 22. Juni 1980 bezeichneten die Grünen ihre Richtung als dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Von den Grünen sei keine Politik der Großbanken und Großkonzerne, aber auch keine Politik der Politbüros staatskapitalistischer Länder zu erwarten. Bei den Bundestagswahlen am 21. Oktober 1980 erreichten „Die Grünen“ nur 1,5 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Daß „Die Grünen“ vorwiegend eine Partei der jungen Leute waren, ließ sich auch am Alter ihrer Kandidaten ablesen: bei den Bundestagswahlen 1980 waren sie im Durchschnitt zehn Jahre jünger als die Kandidaten der „etablierten“ Parteien.

Abgesehen von Bayern konnten die Grünen bei allen Landtagswahlen des Jahres 1982 Kandidaten in die Parlamente bringen. Immer öfter wurden sie anstelle der FDP zur „Dritten Kraft“ im Parteienspektrum. Bezeichnend waren aber auch ihre Mißerfolge: In den Wahlen für die Landtage im Saar-

land und von Nordrhein-Westfalen am 18. März 1980 scheiterten sie an der Fünf-Prozent-Klausel. Offenbar waren die meisten Wähler im Kohle- und Stahlrevier nicht bereit, sich einer Partei anzuvertrauen, die Umweltschutz über wirtschaftliches Wachstum stellte. Bei den Neuwahlen zum Bundestag gelang den Grünen am 5. März 1983 schließlich auch der Einzug in den Bundestag.

Die Wahlerfolge der Grünen spiegelten ein gesteigertes Umweltbewusstsein der Wähler ebenso wie eine wachsende Unzufriedenheit mit den „etablierten“ Parteien wider. Die Abwanderung vor allem der Jungwähler zu den Grünen bekamen in erster Linie die FDP und die SPD zu spüren. Die FDP verschwand aus manchen Landtagen völlig, die SPD büßte Stimmen und Mandate ein. Beide Parteien versuchten, durch Aufgreifen ökologischer Forderungen verlorenes Terrain wiederzuerobern.

Mit dem Einzug in zahlreiche Landesparlamente verschärfte sich aber auch ein Konflikt innerhalb der Ökologie-Bewegung, der sich bereits nach dem Erfolg in Bremen abgezeichnet hatte: Grundsätzlich verstanden und verstehen sich die Grünen als basisdemokratische Bewegung, deren „Standbein“ die außerparlamentarische Bewegung ist, während die parlamentarische Arbeit als „Spielbein“ aufgefaßt wird. Im Parlament sehen sie hauptsächlich eine Tribüne, von der herab die „etablierte Politik“ entlarvt und die Bevölkerung gegen diese Politik „von oben“ sensibilisiert werden soll. Dieser Doppelstrategie entsprechend akzeptierten die Abgeordneten der Grünen in Kommunal- und Landesvertretungen das imperative Mandat: Die Abgeordneten sind an die Weisungen der Basis gebunden und nicht nur „ihrem Gewissen verantwortlich“, wie es im Grundgesetz heißt (ohne daß dieser Grundsatz den Fraktionszwang hätte verhindern können). Die Abgeordneten der Grünen erklärten sich auch bereit, noch während der vierjährigen Legislaturperiode ihr Mandat für einen anderen Grünen freizumachen. Damit sollten die für die „etablierten Parteien“ typische Entfremdung des Mandatsträgers von der Basis und die Verselbständigung der Parlamentsfraktion vermieden werden.

Ein Teil der „Basis“ verfolgte die „Parlamentarisierung des Protests“ mit Mißtrauen und Skepsis. Diese Grünen lehnten jede Form von „Stellvertreterpolitik“ ab. Andere Wähler wiederum erwarteten von den Grünen, daß sie nicht nur prinzipielle Opposition betrieben, sondern auch aktiv Politik machten, d. h. bereit waren, mit anderen Parteien Regierungskoalitionen zu bilden.

Diese Bündnisfrage spielte 1982 auf der Bundesversammlung der Grünen in Hagen eine große Rolle. Fundamentalistische Ökologen wie Rudolf

Bahro und Petra Kelly lehnten eine Zusammenarbeit mit der SPD ab. Andere Gruppen hielten sie für möglich und notwendig. Hier brach zum ersten Mal der seit langem bei den Grünen schwelende Konflikt zwischen den Fundamentalisten („Fundis“) um Petra Kelly und Bahro einerseits, den sogenannten Realpolitikern („Realos“) um Otto Schily und Joschka Fischer andererseits auf. In Hagen konnte sich noch keine der beiden Fraktionen eindeutig durchsetzen. Aber der Kampf ging weiter bis zur Parteispaltung 1990: Während die Fundamentalisten um Jutta Ditfurth eine eigene Organisation aufmachten, bildeten in Hessen die Grünen mit der SPD gemeinsam die Landesregierung, und Joschka Fischer wurde Umweltminister.

Von erheblicher Bedeutung für die Wahlerfolge der Grünen und die wachsende Beachtung, die sie in der Öffentlichkeit fanden, war die Tatsache, daß die Ökologiebewegung von Anfang an mit anderen alternativen Bewegungen verbunden oder sogar identisch war. Das gilt vor allem für die „neue“ Frauenbewegung, die sich im Zusammenhang mit den Debatten um die Reform des Paragraphen 218 in den siebziger Jahren formierte.

1.3.3 Die „neue“ Frauenbewegung

Die „neue“ Frauenbewegung entstand Ende der sechziger Jahre innerhalb der antiautoritären Studentenbewegung aus autonomen Organisationen von Studentinnen. Sie wuchs über diese studentischen Anfänge aber schon bald hinaus im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um den Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches von 1871, der Abtreibung unter Gefängnis- bzw. Zuchthausstrafe stellte. 1970 formierten sich die Gegnerinnen des Paragraphen 218 in der Frankfurter „Frauenaktion 70“, die in den folgenden Monaten regionale Kampagnen für die Abschaffung des Paragraphen 218 durchführte. Bundesweit bekannt wurde diese Kampagne aber erst, als der *Stern* im Juni 1971 dem Vorbild von *Paris Match* folgend das Bekenntnis „Ich habe abgetrieben“ von 374 zum Teil prominenten Frauen veröffentlichte. Dieser Artikel durchbrach das Tabu in der Abtreibungsfrage und setzte die erste vorwiegend von Frauen getragene Massenbewegung in der Bundesrepublik in Gang.

Das Abtreibungsproblem betraf alle Frauen, und so arbeiteten sozialistisch und feministisch orientierte Gruppen der neuen Frauenbewegung mit Frauen aus den Gewerkschaften, der SPD und der FDP zusammen. Über die Paragraph-218-Diskussion wurden erstmals auch Frauen, die bisher

unpolitisch und unorganisiert gewesen waren, auf die Benachteiligung von Frauen im wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bereich aufmerksam gemacht. Erstmals trugen Frauen in die Öffentlichkeit, was bisher als Privatbereich gegolten hatte. Die Wortführerinnen der neuen Frauenbewegung enthüllten Privatverhältnisse als gesellschaftlich bedingt und lehnten die von Frauen erwarteten Verhaltensweisen als Mittel der Männergesellschaft zur Unterdrückung der Frau ab. Dagegen setzten sie die Forderung nach Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der Frau.

Tatsächlich verabschiedete der Bundestag am 26. April 1974 mit den Stimmen der SPD und der FDP ein Gesetz, das den alten Paragraphen 218 durch die sogenannte Fristenregelung ersetzte. Danach sollte – wie in Frankreich, Österreich, einer Reihe anderer westeuropäischer Staaten und der DDR – ein Schwangerschaftsabbruch in den ersten drei Monaten der Schwangerschaft straffrei sein. Gegen diese Regelung erhoben die CDU/CSU-regierten Bundesländer Einspruch beim Bundesverfassungsgericht. Dieses entschied am 25. Februar 1975, daß die Fristenregelung mit dem Grundgesetz nicht vereinbar sei. Der Bundestag einigte sich daraufhin auf die erweiterte Indikationslösung, die noch heute in den alten Bundesländern gilt, während in den neuen Bundesländern immer noch die Fristenregelung aus DDR-Zeiten Gültigkeit hat.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25. Februar 1975 bedeutete für die neue Frauenbewegung zwar einen Rückschlag, die Kampagne gegen den Abtreibungsparagraphen und spektakuläre Aktionen hörten auf; die Tendenzen zum Aufbau einer feministischen Gegenkultur jedoch verstärkten sich seit 1975 – dem internationalen „Jahr der Frau“ – eher noch. Vor allem in Groß- und Universitätsstädten entstand ein dichtes Netz von Selbsthilfegruppen, Werkstätten, Cafés, Kneipen, Verlagen, Buchläden, Zeitungen und Zeitschriften; und seit 1976 fand in Berlin jeden Sommer eine Frauen-Universität statt.

Charakteristisch für die neue, autonome Frauenbewegung ist die Tatsache, daß sie keine feste Organisationsstruktur entwickelte, also weder einen Dachverband gründete noch eine Führungsgruppe wählte, sondern das „Netzwerk“ von persönlichen Kontakten zwischen den verschiedenartigen Initiativen, Gruppen und Frauenhäusern bevorzugte. Hierin scheint geradezu ihre Stärke zu liegen. Aus dem Mißtrauen gegenüber festen Organisationsstrukturen und der Sorge vor politischer Vereinnahmung ergab sich von Anfang an eine Distanz zu den Organisationen der „alten Frauenbewegung“

und zu den „etablierten Parteien“. Als politische Bündnispartner kamen für die „neue“ Frauenbewegung daher zunächst auch nur die anderen sozialen Bewegungen, also die Bürgerinitiativen, die „Grünen“ und die Friedensbewegung, in Frage.

Die weitgehende Identifizierung der „Grünen“ mit den Zielen der neuen Frauenbewegung bedeutete vor allem für die Mitglieder von Frauenorganisationen der SPD und der Gewerkschaften eine Ermutigung – und eine Herausforderung für deren Führungen. Frauen, die einen großen Teil der Mitglieder ausmachen, wurden nunmehr auch in die bisher exklusiven Männerclubs der Vorstände aufgenommen. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wählte 1982 sogar eine Frau zu ihrer Vorsitzenden.

Ähnlich wie manche Forderungen der Umweltschutzbewegung sind seit Beginn der achtziger Jahre Forderungen der neuen Frauenbewegung in ein weites gesellschaftliches Umfeld „ingesickert“ und haben Eingang in die Forderungs- und Zielkataloge „etablierter“ Parteien und Organisationen gefunden. Ansatzweise wurden auch Forderungen der neuen Frauenbewegung verwirklicht: Staatliche und kommunale Stellen unterstützten Frauenhäuser personell und finanziell, ernannten Frauenbeauftragte, richteten Leitstellen zur Gleichstellung der Frau ein oder setzten Quoten für die Einstellung von Frauen fest. Nach einer solchen Quotenregelung müssen wir uns z. B. an der Universität Hamburg richten, wenn wir einen neuen Professor berufen.

1.3.4 Die Friedensbewegung

Entstanden ist die „neue“ Friedensbewegung als Reaktion auf die rapide Verschlechterung der internationalen Lage Ende der siebziger Jahre, als die Kriegsgefahr wieder akut wurde. Dazu beigetragen haben die sowjetische Afghanistan-Invasion Ende 1979 und die Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts mit dem Amtsantritt von Ronald Reagan im Januar 1981.

Für die Herausbildung der deutschen Friedensbewegung war der sogenannte Doppelbeschluss der NATO vom Dezember 1979 von großer Bedeutung. Die darin in Aussicht gestellte Stationierung amerikanischer Pershing-Raketen auf deutschem Boden schien die Gefahr eines sowjetischen Erstschlags auf die Bundesrepublik besonders akut zu machen. Auch die sich formierende neue Friedensbewegung knüpfte an ältere Bewegungen,

nämlich die Kampagnen gegen die Aufrüstung der Bundeswehr in den fünfziger und die Ostermarsch-Bewegung der sechziger Jahre, an.

Von *der* Friedensbewegung kann man eigentlich nicht sprechen. Es gab lediglich eine lose Assoziation von unterschiedlichen autonomen Friedensinitiativen, deren Minimalkonsens darin bestand, die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen auf deutschem Boden zu verhindern. Wie die Umwelt- und die Frauenbewegung rekrutierte sich auch die Friedensbewegung vor allem aus der jüngeren Generation und aus Bürgern mit höherer Schulbildung. Da gab es christliche und pazifistische Initiativen, Wehrdienstverweigerer, die Jugend- und Studentenorganisationen der SPD, den linken Flügel der SPD unter Oskar Lafontaine und einige Einzelgewerkschaften. Dazu kamen marxistische Gruppen und vor allem „grüne“ Initiativen sowie zahlreiche autonome Frauengruppen.

Die „Friedenshetzer“, wie sie sich gelegentlich selbst nannten, versuchten sich zunächst durch Appelle wie den Krefelder Appell vom November 1980 und den Aufruf des Verbandes deutscher Schriftsteller (August 1981) Gehör zu verschaffen. Mit dem Evangelischen Kirchentag vom Sommer 1981 in Hamburg folgte eine Phase der Demonstrationen. Am 10. Oktober 1981 versammelten sich im Bonner Hofgarten beinahe 300.000 Menschen zu einer Demonstration gegen den Krieg. Seit Ostern 1982 fanden die Ostermärsche wieder größeren Zulauf. Und am 10. Juni 1982, als Ronald Reagan am NATO-Gipfel in Bonn teilnahm, demonstrierte auf den Rheinwiesen eine halbe Million Menschen für den Frieden.

Dieser Demonstrationsphase folgte eine Phase direkter Aktionen, in denen beispielsweise versucht wurde, die Zufahrtswege zu amerikanischen Raketenbasen zu blockieren oder den Transport der Raketen zu behindern. Solche Aktionen fanden im Sommer und im Dezember 1982 statt. Den Höhepunkt erreichte die Welle der Protestaktionen und Demonstrationen 1983, als in der Bundesrepublik mehr Menschen protestierten als je zuvor oder je danach in einem einzigen Jahr.

Teilweise wurden diese Friedenskundgebungen im In- und Ausland als antiamerikanisch und neutralistisch interpretiert und die Furcht geäußert, die Bundesrepublik könnte sich aus der NATO zurückziehen. Doch Umfragen im Herbst 1981 bestätigten diesen Eindruck nicht. Danach war die Einstellung der westdeutschen Bevölkerung zu den Amerikanern 1981 sogar positiver als 1957. Für den Verbleib der Bundesrepublik im westlichen Verteidigungsbündnis und für die Abschreckungstaktik der NATO

sprachen sich im Juli 1981 immer noch 53 Prozent der Befragten aus. Im September 1979, also vor Verabschiedung des NATO-Doppelbeschlusses, waren es auch nur wenig mehr, nämlich 55 Prozent, gewesen. Vergleichende Umfragen in Westeuropa ergaben, daß gerade die jüngeren Deutschen die „am wenigsten nationalistische aller Altersgruppen“ und am geringsten an der Wiedervereinigung Deutschlands interessiert waren.

1.4 Der Terrorismus

Die Anfänge des Terrorismus in der Bundesrepublik reichen bis in die Zeit der Studentenunruhen 1968 zurück. Es begann mit dem Brandanschlag auf zwei Frankfurter Kaufhäuser am 2. April 1968. Verhaftet wurden damals die Germanistikstudentin Gudrun Ensslin und ihr Freund Andreas Baader, die in der deutschen Terroristenszene bald die entscheidende Rolle spielen sollten. Verteidigt wurden die beiden von dem Berliner Rechtsanwalt Horst Mahler, publizistisch erläutert hat ihr Vorgehen gegen den „Konsumterror“ die Journalistin Ulrike Meinhof. Diese Personen bildeten seit 1970 den Kern der RAF (Rote Armee Fraktion).

Was wollte die RAF? Sie wollte das Konzept der „Stadtguerilla“ des bolivianischen Revolutionärs Carlos Marighella auf die Bundesrepublik Deutschland übertragen. Die Ermordung von Politikern, Polizei- und Militäroffizieren sowie hohen Beamten und Richtern sollte das Machtgefüge des Staates erschüttern. Durch Entführungen sollte die Regierung erpreßt, durch Banküberfälle Geld für den bewaffneten Kampf beschafft werden. Die gewaltsamen Aktionen der Stadtguerilla sollten den Staatsapparat zwingen, seine liberale Maske abzureißen und sein „faschistisches Gesicht“ zu enthüllen. Sie sollten vor allem die angeblich vom Machtapparat eingeschüchterte und von den Massenmedien manipulierte Bevölkerung zum bewaffneten Kampf gegen ihre Unterdrücker ermutigen. Was an die Stelle des bekämpften Staates treten sollte, blieb unklar.

Die meisten deutschen Terroristen waren junge Leute, die aus dem gehobenen und höheren Bürgertum stammten, ein Studium angefangen und abgebrochen hatten und aus Enttäuschung darüber, daß der Studentenbewegung der durchschlagende Erfolg versagt worden war, in den Untergrund gegangen waren.

Die Versuche, die Bevölkerung zu mobilisieren, waren von Anfang an erfolglos. So zog sich die RAF ganz auf sich selbst zurück. Die Gruppe nahm

die Außenwelt nur noch als feindlich wahr und verlor damit auch jedes Mitgefühl für ihre potentiellen Opfer, seien sie nun führende Politiker, Militärs und „Kapitalisten“ oder nur Polizisten, Fahrer, Sicherheitsbeamte und Durchschnittsbürger, die in Kaufhäusern, Flugzeugen, Flughäfen und Amtsgebäuden Opfer von Entführungen oder Bombenanschlägen wurden. Den auffällig hohen Anteil von Frauen in Terroristengruppen interpretierten manche Psychologen als extreme Form weiblicher Selbstverwirklichung.

Auf die einzelnen Aktionen der RAF oder der „Bewegung 2. Juni“ kann ich hier nicht eingehen. Sie wissen, daß die Terrorwelle ihren Höhepunkt im Herbst 1977 erreichte, als Terroristen erst den Generalbundesanwalt Siegfried Buback ermordeten (7. April 1977), dann den Bankier Jürgen Ponto erschossen (30. Juli) und schließlich den Präsidenten der deutschen Arbeitgeberverbände, Hanns Martin Schleyer, und eine Lufthansa-Maschine entführten. Die Entführung endete mit der Befreiung der Lufthansa-Geiseln und dem Selbstmord der wichtigsten RAF-Gefangenen am 18. Oktober 1977, aber auch mit dem Tod Schleyers. – Hier sei nur darauf hingewiesen, daß viele Terroristen in der DDR Unterschlupf fanden, wenn sie sich eine Weile oder auch auf Dauer „absetzen“ wollten, und daß auch heute noch die Gefahr des Terrorismus in Deutschland nicht gebannt ist.

Die Terroristen lösten eine Art Panik bei Regierung und Parteien aus. Da sich Fahndungserfolge nicht einstellten, wurden neue Gesetze erlassen, die den Eindruck von Aktivität erweckten, gleichzeitig aber auch den liberalen Rechtsstaat gefährdeten. Die Befugnisse der Polizei und des Verfassungsschutzes wurden erweitert, die Pressefreiheit wurde durch das Verbot, in Publikationen zum bewaffneten Kampf aufzufordern, eingeschränkt. Die Grenze zwischen aktiven Terroristen und Sympathisanten wurde fließend, Verdächtig werden konnte fast jeder. Die Tätigkeit von Anwälten, die Terroristen verteidigten, wurde erheblich eingeeengt. Die Kritiker der Antiterroristengesetze gingen davon aus, daß die bestehenden Gesetze und Verfahrensweisen ausreichten, um des Terrorismus Herr zu werden. Als Vorbeugemaßnahmen würden neue Gesetze nichts bewirken, da sich Überzeugungstäter davon nicht abhalten lassen würden, dafür würden sie aber die Prinzipien des liberalen Rechtsstaates schrittweise abbauen und damit den Terroristen Argumente gegen den angeblichen Polizeistaat liefern. Tatsächlich ist in den achtziger Jahren ein Teil der Anti-Terroristen-Gesetze wieder aufgehoben worden.

2 Die Reaktion des Staates auf die gesellschaftlichen Veränderungen

2.1 Die Reformpolitik der Regierung Brandt

Die in der Auseinandersetzung um die Notstandsgesetze sichtbar werdende Polarisierung zwischen „Staat“ und „Gesellschaft“ war nicht nur Ausdruck einer Krise des politischen Systems, sondern zugleich Anfang einer neuen politischen Kultur, nämlich eine politische Mobilisierung der Gesellschaft, die demokratische Grundsätze einforderte.

Die sozialliberale Koalition trat 1969 als Reformregierung an und versuchte, die Grundanliegen der APO – Demokratisierung von Staat und Gesellschaft – in das Regierungsprogramm mit einzubeziehen. In seiner Regierungserklärung versprach Willy Brandt am 28. Oktober 1969: „Wir wollen mehr Demokratie wagen“ und: „Wir stehen nicht am Ende unserer Demokratie, wir fangen erst richtig an.“

Das Regierungsprogramm enthielt eine Reihe von Reformvorhaben, die in diesem Sinne interpretiert werden können: umfassende Reform des Bildungswesens, Herabsetzung des Wahl- und Mündigkeitsalters, Reform des Ehe- und Familienrechts, Strafrechts- und Strafvollzugsreform, Ausbau der sozialen Sicherheit, Monopolkontrolle und Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung.

Das Ziel, ein größeres Maß an persönlicher Freiheit, sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Mitbestimmung in allen politischen und gesellschaftlichen Bereichen durch staatliche Reformen zu erreichen, entsprach der Tradition und dem Selbstverständnis der SPD und der eng mit ihr verbundenen Gewerkschaften. Aber auch die FDP hatte – vgl. die „Freiburger Thesen“ von 1971 – ihr Verständnis von Freiheit um eine soziale Dimension erweitert. Freiheitliche Grundrechte des Individuums sollten durch „soziale Teilhaberrechte und Mitbestimmungsrechte“ ergänzt werden. Das Schlagwort dafür war „Sozialer Liberalismus“.

Manche Reformen waren nichts anderes als die nachträgliche gesetzliche Anpassung an gesellschaftliche Veränderungen und gewandelte Moral- und Wertvorstellungen, Beispiele: Ehe- und Familienrecht, Strafrechtsreform. Andere Reformen antworteten auf Forderungen gesellschaftlich bedeutsamer Gruppen, Beispiel: Mitbestimmung der Arbeitnehmer in Großbetrieben. Drittens gab es aber auch Versuche, durch staatliches Handeln

Veränderungen herbeizuführen, die dem Anspruch auf „mehr Demokratie“ und Chancengleichheit gerecht werden konnten. Hierzu gehören vor allem die Ansätze zur Bildungsreform.

Spätestens mit der 1973 einsetzenden Wirtschaftskrise verschlechterten sich sowohl die finanziellen als auch die politisch-psychologischen Bedingungen entscheidend. 1974 kam mit dem Rücktritt Willy Brandts auch das Ende der inneren Reformen. Ein Teil der Reformvorhaben mußte abgebrochen werden, weil das Geld fehlte. So mußte die Regierung auf Steuersenkungen verzichten, den geplanten Bildungsurlaub für alle wieder streichen und den Ausbau der Hochschulen und des Bildungswesens allgemein abbrechen. Die Reform der beruflichen Bildung und die Reformmaßnahmen in der Sozialpolitik und beim Arbeitsschutz blieben in Ansätzen stecken. Wegen der Opposition der CDU/CSU mußte die Reform des Paragraphen 218 modifiziert werden. Da Bildungspolitik in Deutschland eine Angelegenheit der Länder ist, entwickelten sich die Bildungssysteme unterschiedlich.

Als positive Ergebnisse der Reformpolitik sind aber dennoch zu erkennen: die Ausweitung des Bildungssystems, das nun mehr Menschen auch aus bisher unterprivilegierten Schichten ermöglicht, eine bessere Erziehung bzw. eine formal höher qualifizierte Ausbildung zu erlangen, eine Erweiterung der Beteiligungsformen und -möglichkeiten im politischen und gesellschaftlichen Bereich, z. B. durch Herabsetzung des Wahlalters von 21 auf 18 Jahre und größere Mitspracherechte der Arbeitnehmer, wie sie das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 vorsieht.

2.2 Der Extremistenerlaß

Im auffälligen Gegensatz zur Parole „Mehr Demokratie wagen“ stand die Sorge um die innere Sicherheit der Bundesrepublik – konkreter: die Furcht vor Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst, die Anfang der siebziger Jahre Regierung und Öffentlichkeit zu beschäftigen begann. Politiker in Bund und Ländern befürchteten nun, daß die antiautoritären oder orthodoxen „Linken“ aus der APO und der Studentenbewegung den angekündigten „Marsch durch die Institutionen“ antreten würden.

Vor allem den Führungsgremien der SPD erschien die Abgrenzung gegenüber Kommunisten aller Schattierungen unbedingt erforderlich, da sich in den Jugend- und Studentenorganisationen der Partei und in einigen Unterbezirken linkssozialistische Bestrebungen bemerkbar machten. Außerdem schien es notwendig, die von Willy Brandt betriebene Ostpolitik

dem schien es notwendig, die von Willy Brandt betriebene Ostpolitik innenpolitisch zu flankieren durch eine klare Abgrenzung von den Kommunisten, um dem innenpolitischen Gegner keine Gelegenheit zu der Verdächtigung zu geben, die SPD sei in Wirklichkeit der verlängerte Arm Moskaus.

Es ist daher kein Wunder, wenn die ersten Schritte zur Ausgrenzung aller Bürger, die links von der SPD zu stehen schienen, von SPD-Politikern unternommen wurden. Zunächst verbot eine Reihe von Unvereinbarkeitsbeschlüssen SPD-Organisationen die Zusammenarbeit mit Kommunisten. Vorreiter der Abgrenzungsstrategie auf Länder- und Regierungsebene war der SPD-geführte Hamburger Senat, der bereits am 28. November 1971 eine Grundsatzentscheidung gegen die Beschäftigung von Links- und Rechtsextremisten im öffentlichen Dienst annahm. Am 28. Januar 1972 verabschiedeten dann die Regierungschefs der Länder und Bundeskanzler Willy Brandt jene berühmten „Grundsätze über die Mitgliedschaft von Beamten in extremen Organisationen“, der als „Radikalerlaß“ weltweit bekannt geworden ist. Danach durfte niemand mehr in den öffentlichen Dienst aufgenommen werden, der nicht die Gewähr dafür bot, „daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes“ eintrat.

Die Folge war, daß jeder Bewerber durch die sogenannte „Regelnachfrage“ beim Verfassungsschutz auf seine Verfassungstreue überprüft wurde. Bis 1979 waren das über eine Million Nachfragen, wobei nur in ca. 10.000 Fällen „Erkenntnisse“ des Verfassungsschutzes vorlagen, die eine weitere Überprüfung der Bewerber nötig machten. Nun ist für viele akademische Berufe der Staat der einzige oder hauptsächliche Ausbilder oder Arbeitgeber, abgelehnte Bewerber hatten also keine Chance, ihre Berufsausbildung fortzusetzen oder ihren Beruf auszuüben – Lehrer zum Beispiel. Das Wort vom „Berufsverbot“ ging um und fand Aufnahme in fremde Sprachen.

Von politischer Bedeutung war nicht zuletzt auch die Tatsache, daß das Grundgesetz den Begriff „verfassungsfeindlich“ nicht kennt, es spricht lediglich von verfassungswidrigen Parteien, die verboten werden können. In der Beobachtungs- und Mitteilungspraxis des Verfassungsschutzes konnten „verfassungsfeindliche“ Aktivitäten daher alles Mögliche bedeuten: die Teilnahme an einer Demonstration gegen den Schah ebenso wie die Wohngemeinschaft mit politisch verdächtigen Personen oder die Mitgliedschaft in einer Bürgerinitiative, die auch Kommunisten zu ihren Mitgliedern zählte.

Die Ausuferung der Überprüfungen, die Unklarheit des Begriffs „verfassungsfeindlich“ und die unterschiedliche Handhabung der Prüfungspraxis in den einzelnen Bundesländern führten dazu, daß sich unter politisch engagierten Jugendlichen, vor allem unter Studenten, Unsicherheit, Furcht und Staatsverdrossenheit ausbreiteten – genau das Gegenteil dessen, was Willy Brandt mit seiner Regierungserklärung angekündigt hatte.

Die Kritik am Radikalenerlaß veranlaßte SPD und FDP ab 1975, die Vorschriften zu entschärfen und den Erlaß 1976 gänzlich aufzuheben. Die CDU/CSU-regierten Länder hielten jedoch an der Regelanfrage beim Bundesverfassungsschutz fest. In Baden-Württemberg und Bayern wird noch heute so verfahren.

Eine Folge der durch diesen Beschluß eingeleiteten Prüfungspraxis und anderer Maßnahmen zur Abwehr von Verfassungsfeinden im öffentlichen Dienst war der Rückgang freiheitlichen Vertrauens. 1971 waren noch 84 Prozent der vom Allensbacher Institut befragten Bundesbürger der Meinung, daß man in der Bundesrepublik seine Meinung frei äußern könne, im Juni 1976 vertraten nur noch 76 Prozent diese Ansicht.

3 Schluß: Wandel der politischen Kultur: Neue Werte und Einstellungen

Die neuen sozialen Bewegungen der siebziger Jahre sind ein Indiz für ein geschärftes politisches Bewußtsein der Bundesbürger. Sie wurden kritischer, selbstbewußter und selbständiger, als sie es in der Ära Adenauer beispielsweise gewesen waren. Wie sich die Einstellung der Bundesbürger zu ihrem Staat in den sechziger und siebziger Jahren gewandelt hat, verraten zwei Umfragen, die amerikanische Politologen 1959 und 1978 angestellt haben. 1959 beantworteten die meisten Befragten die Frage, worauf sie in ihrem Land besonders stolz seien, mit einem Hinweis auf die wirtschaftlichen Erfolge, 1978 waren die meisten stolz auf das politische System und die politischen Institutionen der Bundesrepublik. In den ersten Nachkriegsjahren schätzten die Bewohner der Bundesrepublik vor allem die ökonomische Sicherheit und weniger die politische Freiheit, die ihnen die Demokratie beschert hatte. Für diese Zeit hatten die amerikanischen Politologen noch beobachtet, daß die Westdeutschen ihrem Staat gegenüber eher die Haltung von Untertanen als die von aktiven Staatsbürgern einnahm-

men. 1978 stellten dieselben Beobachter fest: „Die Bonner Republik hat, anders als ihre Vorgängerin, ein Reservoir kultureller Unterstützung aufgebaut, die sie in die Lage versetzen sollte, mit den zukünftigen Problemen der [...] Demokratie mindestens ebenso wirksam fertig zu werden wie andere ‚spätkapitalistische‘ westliche Demokratien.“¹

Der Wandel der politischen Kultur der Bundesrepublik in den siebziger Jahren kann demnach darin gesehen werden, daß das „Denken vom Staat her“ einem Denken „von der Gesellschaft und vom Individuum her“ Platz machte.

Während „obrigkeitliche“ Institutionen wie Regierung, Verwaltung, Partei- und Gewerkschaftsführungen Autorität verloren, gewann umgekehrt die gesellschaftliche „Basis“ mehr Partizipation an politischen Entscheidungen. Das Ergebnis war mehr verwirklichte Demokratie. Entscheidend dabei ist, daß nicht der Staat mehr Partizipation „gewährte“, sondern daß sich die Bürger diese Rechte selbst nahmen. Die meisten Beobachter dieser Veränderungen haben den gewachsenen Partizipationswillen der Bundesbürger als Ausdruck eines gewachsenen demokratischen Bewußtseins interpretiert und darin sowohl im Vergleich zu früheren Epochen deutscher Geschichte als auch im Vergleich mit anderen Ländern eine Tendenz zur Demokratisierung der deutschen Gesellschaft gesehen, die positiv bewertet wird.

Der „Staat“ – Bundes- und Landesregierungen, Verwaltungen, Gerichte und auch Partei- und Gewerkschaftsführungen – haben diese Bewegung von „unten“ eher negativ beurteilt. Statt das Demokratisierungspotential für praktische Reformen zu nutzen, fürchteten Politiker aller Parteien das Überhandnehmen radikaler oder extremistischer Tendenzen, beschworen den Untergang der Weimarer Republik herauf und ergriffen Gegenmaßnahmen. Insofern kann man die „Tendenzwende“ nicht erst auf den Regierungswechsel 1974, sondern bereits auf den Radikalenerlaß von 1972 datieren.

Die Entwicklung der Bürgerinitiativen, die Ausbreitung der Frauenbewegung und das Erstarken der grünen Umweltgruppen in den siebziger Jahren deuten allerdings darauf hin, daß der Radikalenerlaß den Wandel der politischen Kultur in Richtung auf mehr Partizipation und Demokratisierung nicht hat bremsen können.

¹ David Conradt: Changing German Political Culture. In: The Civic Culture Revisited. Hg. von Gabriel A. Almond und Sidney Verba. Boston 1980, 212–272, 265.

Wie sehr sich in den siebziger Jahren die Westdeutschen als Individuen und als soziale Gruppen von der staatlichen Obrigkeit und auch von nicht-staatlichen Autoritäten emanzipiert haben und daß sich die Einstellung zu traditionellen Werten verändert hatte, läßt sich an verschiedenen Beispielen illustrieren. So wuchs die Zahl der Wehrdienstverweigerer zwischen 1964 und 1973 um das Zwölfwache von 2777 auf 35.192 junge Männer. Die katholische und die evangelischen Kirchen verloren zwischen 1970 und 1980 über 2 Millionen Mitglieder. 1970 gehörten noch 94 Prozent der Bevölkerung einer der beiden Religionsgemeinschaften an; 1980 waren es noch knapp 86 Prozent.

Alle Umfragen der Jahre 1978 bis 1983 belegen, daß das politische System der Bundesrepublik und ihrer Institutionen auf weite Zustimmung stoßen, daß die Zahl der Befürworter eines autoritären Staates auf Null gesunken ist und daß als die beste Epoche der deutschen Geschichte nicht mehr das Kaiserreich, sondern die Gegenwart gilt. Differenziert man hier allerdings nach Generationen, so ist die Zufriedenheit mit der Demokratie bei der jüngeren, „postmaterialistischen“ Generation der unter Dreißigjährigen geringer als bei der älteren Generation. Es handelt sich immerhin um ca. 30 Prozent der Wähler. Doch was diese Generation wünscht, ist nicht weniger, sondern mehr Demokratie, und sie wollen dies in der Regel auf systemkonformem Wege erreichen. Dies bezeugt also nicht nur eine große Reformfähigkeit des politischen Systems, sondern auch die große politische Stabilität – oder, wie ein amerikanischer Politologe 1981 feststellte: „Ein neues Deutschland ist entstanden, so demokratisch, kultiviert, wohlhabend und modern wie jede andere westliche Nation.“²

² Kendall L. Baker / Russell J. Dalton / Kai Hildebrandt: *Germany Transformed. Political Culture and the New Politics.* Cambridge/Mass. 1981, Klappentext.